

A1 FRIEDEN SCHAFFEN: KOOPERATIVE SICHERHEIT IN EUROPA UND AUF GLOBALER EBENE

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht
2 millionenfaches Leid, Massaker, Kriegsverbrechen, Tod und Verwüstung. Mit jedem
3 Tag, den die Angriffe fort dauern, werden Menschen körperlich verletzt oder
4 traumatisiert, viele sterben. Das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf andere
5 Staaten oder einer weiteren Eskalation wächst. Die weltweite Hungerkrise nimmt
6 immer größere Ausmaße an.

Vorbereitungen für Verhandlungen beginnen

8 Die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen hat dazu beigetragen, dass
9 sie den Angriffen Russlands standhalten konnte, allerdings wurden weitere
10 Gebiete – vor allem im Süden, aber auch im Osten - durch russische Truppen
11 besetzt. Es ist zur Zeit nicht absehbar, inwieweit die Ukraine auch bei
12 anhaltender Unterstützung durch Waffenlieferungen diese und alle anderen
13 russischen Truppen aus dem Land drängen kann.

14 Während in Deutschland über die Waffenlieferungen viel informiert und diskutiert
15 wurde und wird, ist die Frage, wann und wie dieser Krieg beendet werden könnte,
16 als sachlich behandeltes Thema in der Öffentlichkeit kaum präsent.
17 Vorbereitungen für Verhandlungen fehlen offenbar. Hier ist ein Umdenken
18 notwendig. Denn perspektivisch ist die Ko-Existenz der europäischen Staaten mit
19 der Russischen Föderation alternativlos.

Sprech-Fähigkeit wieder herstellen – Eskalation verhindern

21 Nach einem halben Jahr Krieg und nach den verschiedenen Gipfeltreffen von EU, G-
22 7, NATO und G-20 sollten nun, neben den Waffenlieferungen und Sanktionen,
23 Vorbereitungen für einen international abgestimmten und multilateral getragenen
24 Verhandlungsprozess beginnen, auch auf oberster politischer Ebene. In dieser
25 zugespitzten Kriegssituation braucht es vor allem eine Sprech-Fähigkeit zwischen
26 allen Beteiligten (d.h. die Möglichkeit, wieder miteinander in substanzielle
27

28 Verhandlungen treten zu können), also auch gegenüber der gegenwärtigen
29 russischen Führung. Diese Sprech-Fähigkeit sollte auch für bestehende
kommunikative Formate wie die verschiedenen G-7- und G-20-Treffen gelten.

30 Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen
31 Integrität ist zentral; zugleich gilt es, die Gefahr einer atomaren Katastrophe
32 zu verhindern. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland - eine atomare
33 Supermacht auf Augenhöhe mit den USA - taktische Atomwaffen einsetzt, um einen
34 erzwungenen Rückzug oder eine drohende Niederlage abzuwenden. Auch das Risiko
35 eines Atomkriegs aus Versehen ist real, z.B. auf Grund eines Fehlalarms. Die
36 Zerstörungswirkungen eines Einsatzes von taktischen Atomwaffen – vergleichbar
37 der Hiroshima-Bombe - können ein existenzielles Ausmaß annehmen, gerade auch für
38 die Ukraine.

39 Die Hoffnung auf einen vollständigen militärischen Sieg der Ukraine durch
40 umfassende westliche Unterstützung ist verfehlt. Auch wenn ein derartiges
41 Vorgehen gelingen würde, könnte Russland seine Armee entlang der ukrainischen
42 Grenzen stehen lassen und weiter das ukrainische Territorium mit Raketen und
43 Bomben beschießen. So würde die Ukraine dauerhaft destabilisiert. Um dies zu
44 vermeiden, müsste im Gegenzug die Ukraine russisches Territorium angreifen. Das
45 wäre mit einer gefährlichen Ausweitung des Krieges verbunden.

46 **Zeitfenster für Verhandlungen erkennen und nutzen können**

47 Die Frage ist nicht, ob Verhandlungen mit der russischen Führung angestrebt
48 werden sollten. Diese Frage muss differenzierter gestellt werden: *worüber* soll
49 *wann* mit ihr geredet werden, *wie* sollen diese Gespräche geführt werden und *wer*
50 soll sie in welcher Rolle initiieren und moderieren.

51 Es gibt bereits diplomatische Lösungsvorschläge, die nur wenig Beachtung fanden,
52 u.a. den Zehn-Punkte-Plan, den die ukrainische Delegation im Rahmen der
53 ukrainisch-russischen Gespräche vom März 2022 in Istanbul vorlegte, oder das
54 Ergebnis der Internationalen Arbeitsgruppe, die auf Einladung des Vatikans im
55 Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“
56 vorschlug.

57 Sollte es in den nächsten Wochen – auch durch die Waffenlieferungen und
58 Sanktionen – zu einer echten militärischen Pattsituation kommen, könnte sich ein
59 Zeitfenster für Verhandlungen öffnen. Wann dies geschehen würde, ist kaum
60 vorhersagbar. Daher sollte jetzt bereits vorbereitet werden, was dann schnell
61 einsatzbereit sein muss: eine beidseitig akzeptierte, multilateral mitgetragene
62 und flexibel steuerbare Struktur für moderierte Verhandlungen.

63 **Dilemmasituationen durch geeignete Verhandlungsführung überwinden**

64 Die ukrainische Souveränität steht politisch zu Recht im Zentrum, aber die
65 Verhandlungen sollten auch darüber hinaus gehende Themen einbeziehen. Einiges
66 spricht dafür, dass mit Russland nur im Paket mit übergeordneten Fragen sinnvoll
67 verhandelt werden kann. So könnte die Macht des Stärkeren als einzige Logik für
68 die Konfliktaustragung begrenzt und zurückgedrängt werden. Die internationale
69 Gemeinschaft auf UN-Ebene könnte den Rahmen für die Aushandlung offener
70 internationaler Fragen gestalten und strukturieren.

71 Verhandlungen mit der russischen Führung – und schon der Weg dahin – können zu
72 Dilemmasituationen führen. Zum Beenden des Krieges braucht es früher oder später
73 eine Verhandlungslösung. Bei anhaltender militärischer Stärke Russlands darf
74 diese jedoch nicht auf Kosten der Ukraine gehen. Militärische Machtverhältnisse
75 müssen das Ergebnis von Verhandlungen nicht vollständig und linear bestimmen.
76 Militärische Machtasymmetrien zwischen Konfliktparteien können ausgleichbar
77 sein, wenn neben den militärischen Logiken in relevantem Ausmaß auch andere
78 Interessen beider Seiten einbezogen werden. Entscheidend ist, dass mögliche
79 Verhandlungen nicht zu einem russischen Friedensdiktat führen.

80 Eine international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative
81 mit realistischer Zielsetzung könnte die Aufnahme von Verhandlungen ermöglichen.
82 Im ersten Schritt ginge es um einen Waffenstillstand, im zweiten Schritt um
83 einen Friedensvertrag und die Ko-Existenz beider Staaten; der Rückzug Russlands
84 wäre klare Bedingung und die Verfahren wären eindeutig: die Ukraine entscheidet
85 über ukrainische Hoheitsthemen, weitere internationale Themen wären politisch
86 verhandelbar.

87 Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass offizielle Verhandlungen mit dem
88 Kriegsverbrecher Putin seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, seine
89 Machtansprüche und Kriegsverbrechen implizit legitimieren könnten, was in jedem
90 Fall vermieden werden muss. Jedoch weder das Ausblenden von Kriegsverbrechen
91 noch eine Straffreiheit Putins sind zwangsläufige Folgen von Waffenstillstands-
92 oder Friedensverhandlungen. Die o.g. Befürchtungen sind aber berechtigt und es
93 muss ihnen in Verhandlungsprozessen bewusst entgegengewirkt werden.

94 **OSZE stärken**

95 Sicherheit lässt sich nicht auf militärische Stärke reduzieren. Es gilt
96 weiterhin, langfristig eine neue nachhaltige europäische Friedens- und
97 Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Die Organisation für Sicherheit und
98 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bietet trotz des russischen Angriffskrieges –
99 und trotz allen Reformbedarfs - eine wichtige Basis für eine mögliche Kooperation
100 auch über politische Lagergrenzen hinweg. Das erfordert vor allem diplomatische
101 Fähigkeiten und vertrauensbildende Maßnahmen. Die OSZE wurde bisher vom
102 Auswärtigen Amt mit ca. 25 Mio. € jährlich gefördert. Sie müsste jedoch von den
103 Mitgliedstaaten mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden als gegenwärtig,

104 damit ihre Potenziale ausgeschöpft und weiterentwickelt werden können. Im
105 Koalitionsvertrag sind neue Initiativen für die Stärkung von Rüstungskontrolle
106 und Abrüstung angekündigt. Dafür hat die OSZE wichtige Instrumente geschaffen.
107 Diese gilt es langfristig zu stärken.

108 Die Debatte über Sicherheit muss sich von der Fixierung auf die militärische
109 Dimension lösen und auch „menschliche Sicherheit“ in den Blick nehmen. Dazu
110 gehört der Schutz der Menschen vor Kriegen, Krisen, Klimakatastrophen und
111 Krankheiten und auch der Zugang zu Ressourcen und Lebensperspektiven, also etwa
112 Ernährungssicherheit und -souveränität. Ausreichende Mittel für humanitäre Hilfe
113 und Entwicklungszusammenarbeit müssen bereitgestellt werden, um die Folgen des
114 Krieges gegen die Ukraine und der Corona-Pandemie auf globaler Ebene zu
115 bewältigen.

116 **Krisen und Kriegen weltweit vorbeugen**

117 Der Koalitionsvertrag bezieht sich auf die [Leitlinien „Krisen verhindern,
118 Konflikte bewältigen, Frieden fördern“](#) von 2017 und kündigt zivile Planziele an.
119 Gerade jetzt ist es wichtig, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen
120 Akteuren auszubauen. Deutsche Politik sollte mithelfen, Brücken zu bauen,
121 zwischen Menschen aus der Ukraine, Russland und Belarus, im westlichen Balkan
122 und Südkaukasus, im Nahen Osten und in der Sahelregion. Deutschland hat dafür
123 eine Reihe wichtiger Instrumente geschaffen. Es wäre fatal, wenn die
124 beschlossenen militärischen Investitionen deren Ausbau behinderten.

125 Es gilt, Klimakrise, Pandemien und Artensterben aufzuhalten, gerechte
126 Lebensperspektiven zu schaffen und Krisen und Kriegen weltweit vorzubeugen. Und
127 für den sozialverträglichen ökologischen Umbau unserer Gesellschaft müssen
128 ebenfalls ausreichende Mittel vorgehalten werden. Auch das ist relevant für
129 Sicherheit, denn der Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften hängt auch davon
130 ab, ob sie sich so schnell wie möglich von fossilen Energieträgern unabhängig
131 machen können. Als Wertegemeinschaft wird sich die EU illiberalen und
132 rechtspopulistischen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegenstellen und die
133 europäischen Demokratien gegen innere und äußere Feinde verteidigen müssen.

134 Längst geht es auch um die enormen Folgekrisen des Russland-Ukraine-Krieges,
135 insbesondere den drohenden Welthunger infolge ausbleibender Getreideexporte.
136 Diesbezüglich ist das neue NATO-Konzept der forcierten Aufrüstung kein Konzept,
137 mit dem die Zukunft nachhaltig gestaltet werden könnte. In erster Linie
138 profitiert der militärisch-industrielle Komplex, der schon jetzt angesichts der
139 globalen Auftragsexplosion maximale Überprofite einfährt.

140 **Neuen Blockbildungen entgegen wirken - Die Klimakrise gemeinsam lösen**

141 Eine neuerliche Blockkonfrontation wie zu Zeiten des Kalten Krieges sollte
142 unbedingt verhindert werden. Damals dauerte es fast 25 Jahre, bis nach dem Ende
143 des Zweiten Weltkriegs die Phase der Entspannung einsetzte. Angesichts der
144 drängenden globalen Probleme kann sich die Welt ein derartiges verlorenes
145 Vierteljahrhundert nicht leisten. Nach schon jetzt 50 untätig verstrichenen
146 Jahren seit dem epochalen Bericht des Club of Rome von 1972 und 30 Jahre nach
147 der Klimakonferenz von Rio de Janeiro 1992 steht die Welt an einem ökologischen
148 Kipppunkt. Dürren und Waldbrände, Gletscherabgänge, das Schmelzen des polaren
149 Eises wie das Auftauen des Permafrostbodens demonstrieren: Die Klimakrise, die
150 zunehmend zu einer Klimakatastrophe wird, hat mit ihren vielen Toten und
151 Geflüchteten längst Auswirkungen in den Dimensionen eines Krieges. Und das sind
152 nur die Folgen der CO₂-Belastung der Vergangenheit, die bereits jetzt
153 irreversibel sind und die sich in den nächsten Jahren weiter verstärken werden.
154 All das zeigt: Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist und bleibt die
155 eigentliche Jahrhundertherausforderung – und jeder Krieg trägt massiv zur
156 ökologischen Zerstörung bei. Auch deshalb muss der Krieg gegen die Ukraine so
157 schnell wie irgend möglich beendet werden.

158 Außerdem muss die atomare Abrüstung wieder auf die Agenda gesetzt werden; denn
159 Putins Eroberungskrieg wie das neue NATO-Konzept drängen das Thema in den
160 Hintergrund. Die NATO sollte den Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag
161 erklären, um das Risiko einer nuklearen Eskalation zu verringern. Nach dem Ende
162 des INF-Vertrags über das Verbot landgestützter nuklearfähiger Kurz- und
163 Mittelstreckenwaffen und des „Open-Skies“-Abkommens über militärische
164 Beobachtungsflüge zwischen NATO-Ländern und Russland ist ein neuer Ansatz zu
165 Abrüstungsverhandlungen dringend geboten, auch angesichts der zunehmenden
166 Proliferation. Das Abkommen mit Iran droht zu scheitern. Auch in dieser Hinsicht
167 wäre eine neue Blockbildung in einer multipolar verfeindeten Welt
168 verhängnisvoll.

169 **Die Rolle der Vereinten Nationen zur Überwindung der globalen Konflikte stärken**

170 Die mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sich zeigende Machtverschiebung
171 vom traditionellen Westen und von Russland weg zugunsten der Schwellenländer und
172 des globalen Südens könnte die Chancen für eine diplomatische Lösung verstärken.
173 Denn der Druck der G-20-Mitglieder aus dem globalen Süden für ein Ende der
174 Kämpfe wächst. Afrikanische Länder - wie zum Beispiel Südafrika - erheben
175 angesichts großer ökonomischer Abhängigkeiten, inflationären Drucks und
176 drohender Hungerkatastrophen die Forderung, zu einem Ende der Kämpfe zu kommen.
177 Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor forderte anlässlich des G-7-
178 Gipfels in Elmau im Interview mit dem ZDF vom 27. Juni 2022: „Die Welt hat eine
179 Verantwortung, für Frieden zu sorgen“. Und Brasiliens Präsidentschaftskandidat
180 Lula da Silva kritisierte, die Sanktionen würden Millionen Menschen töten.

181 Im kommenden Jahrzehnt wird die Konkurrenz zwischen den Großmächten um

182 Einflussphären vermutlich mit unverminderter Härte fortgesetzt. Es ist
183 notwendig, der weiteren Zuspitzung von Konflikten durch neue Initiativen zu
184 Abkommen auf UN-Ebene zu begegnen, die auch China einschließen. Bestehende
185 Konflikte müssen begrenzt werden, solange sie nicht beigelegt werden können. Und
186 ohne eine Einbeziehung der Schwellenländer wird es keine Lösung der globalen
187 Probleme geben, insbesondere nicht der völlig ungelösten Klimakrise. Aber
188 letztlich bedarf es eines echten Multilateralismus und einer zentralen Rolle der
189 Vereinten Nationen. Denn um die großen Menschheitsprobleme anzupacken, braucht
190 die Welt wirtschaftliche und politische Kooperation.

A2NEU EU-Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina

Antragsteller*in: Andreas Meinicke, Sava Stomporowski,
Sonja Schiffers, Holger Haugk
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

Antragstext

1 Beim diesjährigen Westbalkan-Gipfel am 23.6.22 in Brüssel wurde u.a. Bosnien-
2 Herzegowina der EU-Kandidatenstatus kurzfristig in Aussicht gestellt, wenn das
3 Land zügig die Wahl- und Verfassungsreform in Angriff nimmt. Damit wurde bewusst
4 von der bisherigen Reformprioritätenliste der EU zur Erreichung des
5 Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina abgewichen, um wie auch im Fall der
6 Ukraine und Republik Moldau, für die der Kandidatenstatus beim letzten EU-Gipfel
7 bereits beschlossen wurde, ein politisches Signal zu setzen. Damit soll neuer
8 Schwung in den EU-Erweiterungsprozess für das Land kommen, was u.a. auch durch
9 den Antrittsbesuch unserer Außenministerin in Sarajewo gleich zu Beginn ihrer
10 Amtszeit sowie der Einsetzung von Manuel Sarrazin als Sonderbeauftragten der
11 Bundesregierung für den Westbalkan bereits zum Ausdruck kam.

12 Insbesondere das ethno-nationalistische Agieren von Politikern wie Milorad
13 Dodik, Bakir Izetbegovic oder Dragan Covic ist darauf angelegt, den Staat
14 Bosnien-Herzegowina als Heimat einer vielfältigen Bevölkerung zu zerstören. Eine
15 zügige Verleihung des Kandidatenstatus für das Land könnte dem entgegenwirken.
16 Dennoch bleibt der Reformprozess in Bosnien-Herzegowina notwendig. Die 14 Punkte
17 aus dem europäischen Avis (Stellungnahme der Europäischen Kommission) wurden
18 bislang zu wenig angegangen. Unsere Hoffnung ist es, dass wir einen neuen
19 demokratischen Anstoß für die EU-Integration geben. Auch vor dem Hintergrund,
20 dass Teile der jungen Bevölkerung dem Land seit Jahren den Rücken kehren, 2021
21 alleine zwischen 100.000 und 170.000 Bosnier*innen, scheint Eile geboten, um der
22 jungen Bevölkerung in ihrer Heimat eine Perspektive zu bieten. Nur gemeinsam mit
23 der Europäischen Union wird es möglich sein, die Lebensstandards im Land zu
24 verbessern und Antworten auf dringende umweltpolitische und soziale Fragen zu
25 finden.

26 Trotzdem sollte die Verleihung des Kandidatenstatus nicht bedingungslos
27 erfolgen. Während die Bürger*innen von Bosnien-Herzegowina ein Zeichen der
28 Hoffnung brauchen, käme eine bedingungslose Förderung des Beitrittsprozesses zu
29 diesem Zeitpunkt einer Belohnung für die ethnonationalistischen Parteien an der
30 Macht gleich, die diesen Schritt als Zeichen der Zustimmung der EU zu ihrer
31 Politik verkaufen würden. Daher unterstützen wir Initiativen wie den

32 Bürger*innen Rat, die sich der Aufgabe stellen, eine neue demokratische Struktur
33 aufzubauen. Das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger*innen und
34 Expert*innen für eine Verfassung unterstützen wir.

35 Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und
36 der EU-Kommission dafür einzusetzen, Bosnien-Herzegowina den Kandidatenstatus
37 zügig zu verleihen, wenn die dortigen Regierungsparteien folgende Bedingungen
38 erfüllen:

- 39 • die kurzfristige Rücknahme aller von Dodik vorgelegten secessionistischen
40 Gesetze
- 41 • die Verabschiedung erster Anti-Korruptionsgesetze sowie
- 42 • die Abhaltung freier und fairer Wahlen im Oktober einschließlich der
43 Umsetzung der Wahlergebnisse

44 Daher begrüßen wir den Antrag des Deutschen Bundestages (Bosnien und Herzegowina
45 beim Aufbruch in eine bessere Zukunft unterstützen, [DS 20/2035](#)) und fordern die
46 Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin bei der Bundesregierung und der EU-
47 Kommission dafür einzusetzen, nur Reformvorschläge zu unterstützen, die ein
48 liberal-demokratisch verfasstes Bosnien-Herzegowina zum Ziel haben und die
49 ethnisch-nationalistische Spaltung überwinden. Von der internationalen
50 Gemeinschaft angestrebte Reformvorhaben müssen transparent und öffentlich
51 nachvollziehbar gestaltet werden. Für diese Prozesse ist es unabdingbar,
52 bürgerliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine zentrale Stellung zu
53 geben.

54 Daher muss Bosnien-Herzegowina zur Verleihung des Kandidatenstatus sowohl
55 bilateral als auch durch die EU, die Unterstützung bekommen, um diese Ziele zu
56 erreichen.

57 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 58 • Landtagsfraktion Bayern
- 59 • Grüne Jugend
- 60 • Landesverband Baden-Württemberg
- 61 • Landesverband Bayern
- 62 • Landesverband Berlin

- 63 • Landesverband Bremen
- 64 • Landesverband Hamburg
- 65 • Landesverband Hessen
- 66 • Landesverband Niedersachsen
- 67 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 68 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 69 • Landesverband Sachsen
- 70 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 71 • Landesverband Schleswig-Holstein

A3NEU Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Antragsteller*in: Karl Koch

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Der Angriffs-Krieg Russlands auf die Ukraine verursacht Leid, Tod und
2 Verwüstung. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums
3 Leben, werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert. Mit jedem Tag
4 wächst das Risiko, dass der Krieg auf weitere Staaten übergreift oder eskaliert.
5 Und jeden Tag verstärkt sich die weltweite Hungersnot, die schon vor dem
6 Ukrainekrieg ca. ein Zehntel der Weltbevölkerung betraf.

7 Jeder Kriegstag ist einer zuviel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich
8 beendet werden. Es braucht einen Weg aus der militärischen Eskalationsspirale.
9 Dafür sind ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unumgänglich. Die
10 Frage ist nicht, ob man mit den Russen reden soll, sondern worüber man mit ihnen
11 reden soll – und wann. Letztlich ist die Ko-Existenz mit Russland schlicht
12 alternativlos.

13 Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Schuld für den
14 Krieg trifft die russische Regierung. Dennoch erfordert gleichzeitig jeder
15 Lösungsansatz gemeinsames Handeln, um den Krieg zu beenden und Frieden zu
16 schaffen. Doch trotz des unermesslichen Leids durch den Krieg gibt es derzeit
17 keine direkten Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen
18 Regierung, nicht einmal einen Ansatz dazu oder einen Versuch. Die Folge bei
19 weiterer Verhandlungs-Weigerung wäre die Gefahr eines jahrelangen
20 Zermürbungskrieges mit katastrophalen humanitären Folgen für die Menschen in der
21 Ukraine, die russischen Soldaten und alle Betroffenen weltweit.

22 Im Rahmen der russisch-ukrainischen Gespräche vom 29. März 2022 in Istanbul
23 legte die ukrainische Delegation einen neuen schriftlichen Vorschlag für ein
24 Sicherheitsgarantieabkommen vor (Zehn-Punkte-Plan von Istanbul). Medienberichten
25 zufolge sei man in den Verhandlungen „nahe an eine (..) Einigung über
26 Sicherheitsgarantien“ gekommen. Darauf und auf die Vorschläge aus Italien und
27 dem Vatikan (Internationale Arbeitsgruppe im Vatikan) zurückgreifend schlagen
28 wir vor:

29 Schnellstmöglich müssen Vorbereitungen für einen international abgestimmten und

30 multilateral getragenen Verhandlungsprozess beginnen.
31 Unter der Aufsicht einer weltweit-internationalen Vermittlungsgruppe,
32 organisiert durch die UN , geleitet durch fachkundige Mediator*innen, ist ein
33 mehrstufiger Plan zu initiieren zu Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine,
34 Lösung territorialer Fragen sowie einem europäischen und - ganz wichtig- einem
35 internationalen Sicherheitspakt.
36 In jeder Etappe ist zu prüfen, ob die Parteien ihre Verpflichtungen einhalten,
37 damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann.

- 38 1. Schritt: Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger
39 Entmilitarisierung der Kampfzonen sowie der Krim und der Einrichtung
40 internationaler Kontrollmechanismen, humanitäre Korridore und den
41 Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.
42 Sofortiger Zugang für humanitäre Hilfe.
- 43 2. Schritt: Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der
44 Ukraine, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie
45 abzusichern ist. Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis
46 beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu
47 stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung aller
48 Garantenstaaten durchzuführen. Die Garantenstaaten, zu denen auch Russland
49 gehören muss, gehen im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine
50 vor, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO
51 vorsieht. Die Garantenstaaten bekräftigen zudem ihre Absicht/Zustimmung,
52 die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.
- 53 3. Schritt: Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des
54 Zahlungsverkehrs sowie politischer, kultureller und sprachlicher Rechte
55 aller Minderheiten und Schutz dieser rechte durch die Garantiemächte.
56 Garantierter wirtschaftlicher Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands
57 zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder.
- 58 4. Schritt: Klärung der offenen Fragen im Zusammenhang mit der Krim und
59 Sewastopol (Flottenstützung der russischen Marine) sind innerhalb von 15
60 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu
61 lösen. Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und
62 Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und
63 diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.
- 64 5. Schritt: Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen
65 Gebieten, Bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den
66 Status der umkämpften ukrainischen Gebiete: Weitgehende Autonomie der Krim
67 und Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine mit
68 internationalen Sicherheitsgarantien für die Krim, Sewastopol und einzelne
69 Gebiete des Donbass. Mittelfristig: Volksabstimmungen unter

70 internationaler Kontrolle in den Donbas-Republiken und auf der Krim über
71 den künftigen Status der Gebiete, Teilnahmeberechtigte: die Bewohner*innen
72 vor der Besatzung und deren mittlerweile wahlberechtigten Kinder.

73 6. Schritt: Verhandlung eines multilateralen Abkommens unter Führung der UN
74 über einen multinationalen Sicherheitspakt, der sowohl die Beziehungen
75 zwischen der NATO, EU und Russland sowie anderer Staaten untereinander
76 einander regelt.

77 7. Schritt: Neue Verträge über internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle
78 (vor allem Ersatz der von den USA gekündigten Verträge),
79 Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention werden verhandelt und
80 abgeschlossen. Die NATO erklärt öffentlich einen Verzicht auf den
81 nuklearen Erstschlag. Die Atomwaffenbestände werden zunächst auf dem
82 aktuellen Niveau eingefroren.

83 8. Schritt: Ein multilateraler Fond für Wiederaufbau und Entwicklung der vom
84 Krieg gezeichneten Regionen der Ukraine wird eingerichtet – an dem auch in
85 angemessenem Maß Russland beteiligt ist. Sicherstellung und Zugeständnis
86 beider Seiten, dass Kriegsverbrechen überprüft, aufgeklärt und
87 sanktioniert werden. (*Anmerkung: Wahrscheinlich nur erreichbar, wenn sich*
88 *auch die USA bzw. deren Regierung dem Internationale Gerichtshof (IGH)*
89 *unterwirft.*)

90 9. Schritt: Inkrafttreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen
91 Referendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung. Eine
92 Resolution des UN-Sicherheitsrats ermöglicht und sichert die
93 internationaler Überwachungsmechanismen des Friedensabkommens.

94 10. Schritt: Nach Umsetzen der vorigen Schritte werden in angemessenen Maß die
95 Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

96 In jeder Etappe wird geprüft, ob sich die Parteien an ihre Verpflichtungen
97 halten, damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann. Parteien, die gegen
98 ausgehandelte Abkommen verstoßen, werden sanktioniert.

Begründung

Hintergründe und Erläuterungen:

Voraussetzung ist, dass die Ukraine politische Neutralität akzeptiert. Das wurde von der Regierung bereits angeboten. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantiestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA,

A3NEU Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

Die internationalen Sicherheitsgarantien sollen für die gesamte Ukraine inkl. Krim, Sewastopol und die Gebiete des Donbass gelten.

Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung aller Garantenstaaten durchzuführen.

A4 Krieg gegen die Ukraine: Evaluation der Maßnahmen und Beschlüsse von Fraktion und beteiligten Ministerien

Antragsteller*in: David Baltzer

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Die BAG Frieden / Internationales möge beschliessen die grüne Bundestagsfraktion
2 und beteiligte Ministerien zu bitten (ggf. aufzufordern) bereits jetzt, während
3 der laufenden kriegerischen Handlungen, mit einer Evaluation von diesbezüglichen
4 Maassnahmen und Beschlüssen von Fraktion und bet. Ministerien zu beginnen. Ggf.
5 dazu personelle und finanzielle Kapazitäten bereitzustellen.

Begründung

Es ist der dritte Krieg, in den Dt. mit grüner Regierungsbeteiligung verwickelt ist. Nach Kosovo und Afghanistan nun die, auch militärische Unterstützung von EU, Nato und Deutschland für die Ukraine. Hier soll keine Diskussion über Waffenlieferungen geführt werden. Sondern versucht werden sowohl grünes Handeln zu analysieren, wie auch zu prüfen, ob grüne Grundsätze angemessen berücksichtigt wurden, bzw zu verstehen, ob und wie das unter den 'Bedingungen einer realen Kriegshandlung/Beteiligung' möglich ist. Daraus wären nach Beendigung der Evaluierung Schlüsse zu ziehen, für grünes Handeln während zukünftiger militärisch ausgetragener Konflikte. Ich sehe die Problematik, während eines Krieges, wo Teil der Kriegsführung aller auch immer die 'öffentlich gezeigte Haltung' der jeweiligen Regierungen ist, trotzdem in Sprechen und Handeln zu deeskalieren, das wäre allerdings nach meiner Auffassung grünes Handeln. Ist das genügend geschehen?. Ob man einzelne Evaluierungspunkte in einen ggf. von der BAG zu stellenden Antrag zB auf der BDK - oder nur intern an die Fraktion - aufzählt müsste hier beraten werden. Punkte die mir dazu wichtig sind sind zB:

- Was sind die grünen roten Linien bei zunehmender Eskalation, wo wir unsere Beiträge zur militärische Beteiligung zurücknehmen.

- Was sind die Überprüfungsschritte bei den wirtschaftlichen Sanktionen, wie lange sind diese Sinnvoll, wann müssten sie auf den Prüfstand

- Gab es Lobbyisten, und wenn ja, wie viele, mit welchen Ergebnissen, von Rüstungsindustrie, Nato ua, die Einfluss auf die grüne Meinungsbildung genommen haben

- Haben Fraktion und Ministerien auch einen Meinungs Austausch mit der Friedens- und Konfliktforschung aktiv

betrieben, die nicht mit der Haltung der grünen Fraktion und der der Bundesregierung übereinstimmen? Umfang und Auswertung diesbezüglich.

- Gibt es eine rote Linie, was die Anzahl der getöteten und der Zerstörung der Ukraine betrifft, was wären alternative diplomatische Handlungen
- Gab und gibt es Überlegungen Russland zu umfassenden militärischen Abrüstungsverhandlungen für Europa einzuladen
- Wie sind die Sprachbilder von : die Ukraine darf nicht verlieren, die Ukraine muss siegen, Russland darf nicht siegen, mit, von anderen vorgebrachten Szenarien, dass Russland nicht zu besiegen ist und die Ukraine vermutlich Land abgeben muss in Einklang zu bringen.
- Wie viel Einfluss hat die von Teilen der US Administration vorgetragene Haltung, dass im Krieg gegen die Ukraine eine von US Kräften gewünschte Krieg geführt wird, um Russland militärisch zu schwächen und dass dies ggf. wenig mit der 'Verteidigung von westl. Werten' zu tun hat.
- Eine neue europäische Friedensordnung wird nicht ohne Russland auskommen, was sind da die Handlungspfade.
- Wie kam es zu den 100 Mrd. Sonderschulden im GG sowie einer vermutlich dauerhaften Überschreitung des 2% Zieles unter grüner Beteiligung, obwohl die Nato Russland militärisch überlegen ist und die Grosskrisen wie die Klimakatastrophe ein anderes Handeln nahelegen. Warum sind die Verhandlungen dazu von grüner Seite gescheitert?
- Was war die Richtlinienkompetenz von BK Scholz, was fanden die Grünen davon unterstützenswert, wo waren sie kritisch bzw. dagegen. Wie wurde das ggf. öffentlich kommuniziert.

A5 Ukraine konsequent unterstützen

Antragsteller*in: Maximilian Gercke
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Die Ukraine kämpft im Osten Europas gegen die russische Invasion und für
2 Demokratie und Freiheit. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben uns einer
3 wertebasierten Außenpolitik verschrieben. Unsere zentralsten Werte sind die
4 Sicherung und Verteidigung von Frieden, Freiheit und Demokratie weltweit. Die
5 Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst und das Leben der Ukrainer*innen,
6 sondern auch eben diese Werte und die Sicherheitsinteressen aller
7 Europäer*innen. Russlands Angriffskrieg bricht internationales Recht und bringt
8 Mord, Terror, Zerstörung und Vertreibung über das Land. Er hat das Ziel, die
9 Ukraine zu vernichten und kulturell auszulöschen. Es geht in diesem Krieg auch
10 um die Frage, ob ein autokratischer Staat mit Willkür und Waffengewalt im 21.
11 Jahrhundert in Europa kleinere Nachbarstaaten überfallen, erobern und vernichten
12 darf. Angesichts dessen müssen wir in Deutschland Verantwortung übernehmen und
13 handeln.

14 Wo, wenn nicht in der Ukraine, werden wir diejenigen konsequent unterstützen,
15 die unsere gemeinsamen Werte mit ihrem Leben verteidigen? Wann, wenn nicht
16 jetzt, werden wir anderen Demokratien im Kampf gegen Autokratien beistehen? Und
17 wer, wenn nicht wir, die größte Volkswirtschaft und Demokratie Europas und
18 unsere Partner*innen, soll die Ukraine mit allen zur Verfügung stehenden
19 humanitären, finanziellen und militärischen Mitteln ausstatten?

20 Wir stellen uns daher klar hinter die Entscheidung der Bundesregierung, die
21 Ukraine in ihrem Kampf für diese Werte - unsere Werte - mit allen Mitteln zu
22 unterstützen. Dies umfasst insbesondere auch die Waffenlieferungen an die
23 Ukraine, welche diese derzeit so dringend benötigt, um sich zu verteidigen und
24 ihre Bürger*innen zu befreien. Wir bekräftigen die Bundesregierung darin, diese
25 Entscheidung auch in der Zukunft zu tragen, bis die Ukraine sich erfolgreich
26 verteidigt hat und Frieden herrscht.

27 Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

- 28 1. Die zugesagten Waffenlieferungen des Bundestagsentschlusses vom 28. April
29 2022 unverzüglich in die Ukraine zu liefern, wenn notwendig auch aus

30 Materialbeständen der Bundeswehr oder aus der deutschen/europäischen
31 Industrie.

32 2. Den EU-Partner*innen das zugesagte Gerät im Rahmen der sogenannten
33 Ringtauschlieferungen zeitnah zu ersetzen.

34 3. Bestehende Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und sich auf EU-
35 Ebene gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine einheitliche
36 Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland einzusetzen.

37 4. Die Ukraine - Staat, Bevölkerung und Zivilgesellschaft - auch in Zukunft
38 mit aller Kraft finanziell, humanitär und mit militärischer Ausrüstung zu
39 unterstützen.

40 **Zugesagte Waffen liefern**

41 Nur ein kleiner Teil der Waffen, welche Deutschland der Ukraine zugesagt hat,
42 sind auch tatsächlich dort angekommen. Doch jede Waffe, die an der Front
43 eingesetzt werden kann, sei es Mehrfachraketenwerfer, Panzerhaubitze oder
44 Kampfpanzer, hilft der Ukraine, die russische Invasion zurückzuschlagen. Hierbei
45 sollte abermals geprüft werden, ob die Bundeswehr durch weitere Abgaben nicht
46 umfänglicher unterstützen könnte. Die Bundeswehr hat diese Waffen, um Frieden,
47 Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Dies wird gerade in der Ukraine getan.
48 Je früher sie geliefert werden und je besser die ukrainischen Soldat*innen beim
49 Transport geschützt werden können, desto weniger müssen im russischen
50 Artillerieschlag sterben, ohne die Invasoren aufhalten zu können. Die
51 Ukrainer*innen vertrauen auf unser Wort. Doch wenn sich unsere Zusagen nicht
52 oder kaum erfüllen, schwindet dieses Vertrauen.

53 **Ringtauschlieferungen durchführen**

54 Gleiches gilt für die Ringtauschlieferungen von Waffen an unsere Partner*innen,
55 die ihrerseits den ukrainischen Kampf unterstützen. Dass nicht ein einziger
56 Panzer im Ringtauschverfahren erfolgreich von Deutschland geliefert wurde,
57 spricht von Versagen. Auch hier steht die Vertrauenswürdigkeit und
58 Verlässlichkeit von Deutschland auf dem Spiel. Die EU-Partner*innen erhalten
59 immer stärker den Eindruck, dass Deutschland im Krieg mit Russland auf Zeit
60 spielen und nicht wirklich liefern wolle. Das schadet dem Ansehen Deutschlands in
61 der EU immens. Es sind daher auch Wege zu prüfen, unseren Partner*innen
62 benötigtes Material und Personal der Bundeswehr zu stellen und in diesem Rahmen
63 überführtes Material bei der Bundeswehr zeitnah zu ersetzen. Auch hier müssen
64 wir den Freiheitskampf der Ukraine mit allen Kräften unterstützen, sei es nur
65 indirekt.

66 **Sanktionen aufrechterhalten und schärfen**

67 Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Yale School of Management zeigt,
68 wirken unsere auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen. Russlands Wirtschaft steht

69 am Abgrund. Die Sanktionen zeigen nicht nur, dass ein Land büßen muss, wenn es
70 einen menschenverachtenden Angriffskrieg führt. Viel wichtiger: Sie würgen die
71 russischen Kriegswirtschaft ab. Je weniger Geld Putins Regime zur Verfügung
72 steht, desto schlechter kann es Krieg führen. Daher müssen wir die bereits
73 existierenden Sanktionen aufrechterhalten und in Absprache mit unseren EU-
74 Partner*innen verschärfen. Auch im Herbst und im Winter, bei steigenden
75 Gaspreisen und auch wenn der Krieg noch darüber hinaus andauert.

76 **Zukünftig unterstützen**

77 Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass der Krieg dieses Jahr endet. Doch eines
78 hat sich in den letzten Monaten klar gezeigt: Waffenlieferungen für die Ukraine
79 machen einen Unterschied. Putin allerdings setzt darauf, dass der Westen seine
80 Unterstützung der Ukraine nicht durchhalten wird und er die allein gelassene
81 Ukraine endgültig überwältigen kann. Zu diesem Zweck manipuliert das russische
82 Regime Gaslieferungen, versucht die EU zu spalten, destabilisiert unsere
83 Gesellschaften mit Desinformationskampagnen und setzt Weizen als Waffe ein -
84 alles, um unser Bündnis zu schwächen. Diesem Druck dürfen wir nicht nachgeben.

85 Wenn wir es ernst meinen mit unseren Werten und einer Außenpolitik, die von
86 ihnen geleitet wird, müssen wir die Ukraine jetzt und in Zukunft unterstützen.
87 Wenn der Westen nicht entschlossen an der Seite der Ukraine steht und sie fallen
88 sollte, könnte Putin zu Recht annehmen, dass wir und die Demokratie, die er
89 hasst, schwach und uneinig sind. Sein nächster Feldzug wäre nicht weit. Nichts
90 wäre in Europa wie vor dem Krieg. Daher müssen wir uns mit aller Kraft hinter
91 die Menschen stellen, die unsere und ihre Werte in der Ukraine verteidigen.

92 Bei der Beschlussfassung am 27.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 93 • Bundesvorstand
- 94 • Bundestagsfraktion
- 95 • Abgeordnetenhaus Berlin
- 96 • Landtag Bayern
- 97 • Grüne Jugend
- 98 • Landesverband Baden-Württemberg
- 99 • Landesverband Bayern
- 100 • Landesverband Berlin

- 101 • Landesverband Bremen
- 102 • Landesverband Hamburg
- 103 • Landesverband Hessen
- 104 • Landesverband Niedersachsen
- 105 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 106 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 107 • Landesverband Sachsen
- 108 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 109 • Landesverband Schleswig-Holstein
- 110 • Landesverband Thüringen

A6 Für einen baldigen Waffenstillstand und einen umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und Russland durch das Engagement der Vereinten Nationen, des Westens, Chinas und weiterer Staaten

Antragsteller*in: Tobias Balke

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Wir fordern:

2 die Bundesregierung soll mit den Regierungen verbündeter Staaten die Initiative
3 ergreifen und gemeinsam zu Waffenstillstandsverhandlungen einladen.

4 An diesen Waffenstillstandsverhandlungen sollen die VN, die Ukraine, Russland,
5 China, USA, Großbritannien und die EU (mit einem Verhandlungsmandat von
6 möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten) teilnehmen, möglichst auch die AU, Indien
7 und die Schweiz.

8 Die gemeinsame westliche Verhandlungseinladung soll vor allem die folgenden
9 Vorschläge enthalten:

- 10 • die Kampfhandlungen werden eingestellt,

- 11 • Russland und die Ukraine räumen alles umstrittene Territorium (Krim,
12 Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja), direkt durch die VN
13 geführte, von China und möglichst auch von der AU, Indien, Österreich
14 und/oder der Schweiz gestellte Friedenstruppen mit robustem VN-Mandat
15 sowie von den VN entsandte Richter*innen, Staatsanwält*innen,
16 Polizist*innen und Zivilverwaltende übernehmen die Sicherung,

- 17 • ein VN-Schiedsgericht entscheidet bei Bedarf verbindlich und mit direktem
18 Weisungsrecht an Friedenstruppen, Verwaltung und Polizei über die
19 Auslegung von Waffenstillstandsbedingungen,

- 20 • der Waffenstillstand wird unverzüglich zu Friedensverhandlungen genutzt.

A6 Für einen baldigen Waffenstillstand und einen umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und Russland durch das Engagement der Vereinten Nationen, des Westens, Chinas und weiterer Staaten

21 Deutschland und verbündete Staaten sollen gemeinsam den eingeladenen
22 Verhandlungspartner*innen für die Friedensverhandlungen vor allem folgendes
23 vorschlagen:

- 24 • Russland, China, die Nato-Staaten und die Ukraine (eventuell plus weitere
25 Staaten) schliessen möglichst umfassende Rüstungskontrollabkommen für
26 nukleare und konventionelle Waffen,

- 27 • die Ukraine erhält ihr gesamtes Territorium (Krim, Donezk, Luhansk,
28 Cherson, Saporischschja) zurück,

- 29 • Russland stimmt ausdrücklich einem eventuellen EU-Beitritt der Ukraine zu
30 und die Ukraine verzichtet ausdrücklich auf die Nato-Mitgliedschaft,

- 31 • die Ukraine erhält umfassende Wiederaufbau- und Transformationshilfe,
32 besonders die Finanzierung und notfalls Schenkung der vollständigen
33 Umstellung seiner gesamten Energieproduktion auf 100% erneuerbare
34 Energiequellen und verpflichtet sich, gleich bei Inbetriebnahme
35 erneuerbarer Energie-Anlagen entsprechend viel Öl-, Gas- und
36 Kohleförderung endgültig stillzulegen,

- 37 • Russland erhält das vollständige Ende der 2014 und 2022 verhängten
38 Sanktionen,

- 39 • Russland erhält die Vorfinanzierung und notfalls Schenkung der
40 vollständigen Umstellung seiner gesamten Energieproduktion auf 100%
41 erneuerbare Energiequellen und verpflichtet sich, gleich bei
42 Inbetriebnahme erneuerbarer Energie-Anlagen entsprechend viel Öl-, Gas-
43 und Kohleförderung endgültig stillzulegen,

- 44 • Russland erhält umfassende Garantien für Minderheitenrechte der
45 russischsprachigen Ukrainer*innen und für einen garantierten
46 Autonomiestatus der Regionen Krim, Donezk, Luhansk, Cherson und
47 Saporischschja und verpflichtet sich zu analogen Minderheitenrechten für
48 die ukrainischsprechenden Bürger*innen Russlands,

- 49 • alle Personen, die das umstrittene Territorium ab 2014 verlassen mussten,

A6 Für einen baldigen Waffenstillstand und einen umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und Russland durch das Engagement der Vereinten Nationen, des Westens, Chinas und weiterer Staaten

50 und ihre Kinder erhalten ein garantiertes Rückkehrrecht,

51 • dieser Friedensvertrag wird durch Referenden angenommen.

Begründung

- folgt -

A7 Neue Sicherheitsstrategie

Antragsteller*in: Christoph Besemer (Gast), Paul Russmann
(Gast)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Antragsberatung

Antragstext

- 1 In eine neue Sicherheitsstrategie sollen folgende Punkte aufgenommen werden
- 2 1. Bewohnte Gebiete mit ihrer hochgradig verletzlichen Infrastruktur werden im
3 Rahmen der militärischen Verteidigung aus Kampfhandlungen herausgehalten.
- 4 2. Gemäß Völkerrecht* dürfen Orte, in denen kein Militär eingesetzt wird, nicht
5 angegriffen werden.
- 6 3. Statt militärischer Verteidigung soll in diesen Gebieten eine Soziale
7 Verteidigung angewendet werden, die auf dem unbewaffneten Zivilen Widerstand der
8 Bevölkerung beruht.

Begründung

Begründung: keine

*vgl. Haager Landkriegsordnung von 1907, Artikel 25 und 1977 1. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 in Art. 59. Im Kriegsrecht bezeichnet **offene Stadt** eine Stadt oder Ortschaft, die nicht verteidigt wird und daher nicht angegriffen oder bombardiert werden darf. Grundlage ist Artikel 25 der [Haager Landkriegsordnung](#), der den Begriff *Offene Stadt* jedoch nicht verwendet: „*Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.*“

1977 wurde das Konzept vom ersten Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 in Art. 59 fast wortgleich übernommen. Es wurden nur einige Voraussetzungen für die Erklärung in Absatz zwei hinzugefügt: So müssen alle Kombattanten sowie die beweglichen Waffen und die bewegliche militärische Ausrüstung verlegt worden sein. Militärische Anlagen oder Einrichtungen dürfen nicht zu feindseligen Handlungen benutzt werden. Behörden und Bevölkerung dürfen keine feindseligen Handlungen begehen. Schließlich darf nichts zur Unterstützung von Kriegshandlungen unternommen werden.

Einige Städte, die während des [Zweiten Weltkrieges](#) als offene Städte deklariert wurden:^[1]

- [Brüssel](#) am 10. Mai 1940
- [Paris](#) am 13. Juni 1940
- [Bordeaux](#) am 20. Juni 1940
- sämtliche französische Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern, Juni 1940
- [Rom](#) Juni 1940
- [Kanalinseln](#) 1940
- [Basel](#) Ende Juni 1940
- [Athen](#) am 28. Oktober 1940, Appell von Ministerpräsident Metaxas an Italien
- [Belgrad](#) Anfang April 1941, dennoch fand am 6. April 1941 der [Luftangriff auf Belgrad](#) statt
- [Manila](#) 1942
- [Rom](#), am 14. August 1943 von Italien nach der Flucht Vittorio Emanuele III. aus Rom vor den anrückenden deutschen Truppen zur offenen Stadt erklärt (siehe: [Fall Achse](#))
- [Rom](#), am 31. Juli 1943 von der italienischen Regierung^[2] und erneut Anfang Juni 1944 von [Albert Kesselring](#) zur offenen Stadt erklärt und am 4. Juni 1944 von westalliierten Truppen besetzt
- [Chieti](#) am 24. März 1944

- [Assisi](#) durch eine Zusammenarbeit zwischen dem Stadtkommandanten [OberstValentin Müller](#) und dem [BischofGiuseppe Placido Nicolini](#) im Juni 1944^[3]
- [Orvieto](#) am 14. Juni 1944
- [Florenz](#) am 3. Juli 1944, von deutscher Seite verkündet, aber de facto von beiden Kriegsparteien nicht anerkannt
- [Athen](#) am 11. Oktober 1944
- [Ahlen](#) im März 1945 durch Oberfeldarzt Paul Rosenbaum
- [Göttingen](#) am 8. April 1945^[4] durch [Otto Hitzfeld](#)
- [Innsbruck](#) am 3. Mai 1945 mit Hilfe von [Friedrich „Fred“ Mayer](#)
- [Flensburg](#) wurde am 4. Mai 1945 vom [OKW](#) zur Offenen Stadt erklärt und seit dem 5. Mai schrittweise besetzt. Ohne Befehl entfernte die Bevölkerung am 6. Mai die noch vorhandenen Straßensperren, um sie als Brennholz zu nutzen. Unbesetzt blieb zunächst der [Sonderbereich Mürwik](#), wo sich die [letzte Reichsregierung](#) unter [Karl Dönitz](#) aufhielt.^{[5][6]}

D1 Gegen Repressionen und Verbote: Palästinensische NGOs brauchen Unterstützung

Antragsteller*in: Steffen Hagemann, Jörn Böhme, Friedel
Grüzmacher, Martin Pilgram, David Baltzer,
Tobias Balke, Martin Forberg, Ursula
Mindermann

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

Antragstext

1 Am 18. August 2022 haben israelische Sicherheitskräfte die Büros von sechs
2 palästinensischen NGOs, darunter Menschenrechtsorganisationen wie al-Haq und
3 Addameer, durchsucht, Unterlagen konfisziert und die Büros verschlossen. Bereits
4 im Oktober 2021 hatte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz diese
5 Organisationen als Terrororganisationen eingestuft, ohne jedoch Belege hierfür
6 vorzulegen. Die Einstufung als Terrororganisation ist daher von zahlreichen
7 Staaten der EU, darunter Deutschland, zurückgewiesen worden. Bislang konnten die
8 betroffenen Organisationen weiterarbeiten, mit der Razzia ist ihre Existenz nun
9 akut gefährdet.

10 Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die sechs palästinensischen
11 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist ein Schlag ins Gesicht aller Kräfte,
12 die sich für Menschenrechte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für
13 faire Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen.

14 Wir fordern die Bundesregierung auf, die israelischen Razzien zu verurteilen,
15 ihre Haltung aus dem gemeinsamen Statement der neun EU-Staaten aus dem Juli 2022
16 zu bekräftigen und die israelische Regierung aufzufordern, die Einstufung der
17 palästinensischen NGOs als Terrororganisationen zurückzunehmen. Zudem müssen
18 Deutschland und die EU konkrete Schritte unternehmen, um das Weiterbestehen und
19 die Fortführung der Arbeit der betroffenen NGOs sicherzustellen. Dazu gehört
20 insbesondere, die finanzielle Förderung auch in Zukunft zu ermöglichen.

21 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 22 • Landtagsfraktion Bayern
- 23 • Grüne Jugend

- 24 • Landesverband Baden-Württemberg
- 25 • Landesverband Bayern
- 26 • Landesverband Berlin
- 27 • Landesverband Bremen
- 28 • Landesverband Hamburg
- 29 • Landesverband Hessen
- 30 • Landesverband Niedersachsen
- 31 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 32 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 33 • Landesverband Sachsen
- 34 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 35 • Landesverband Schleswig-Holstein